



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes**
und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2023;

**hier: Aufwand für Zuschüsse zur Verbraucheraufklärung in Ernährungsfragen
und für Projekte zur ernährungsbezogenen Gesundheitsförderung
(Kap. 08 03 Tit. 683 59)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 08 03 wird der Ansatz im Tit. 683 59 (Zuschüsse zur Verbraucheraufklärung in Ernährungsfragen und für Projekte zur ernährungsbezogenen Gesundheitsförderung) von 1.400,0 Tsd. Euro um 1.400,0 Tsd. Euro auf 0 Euro reduziert.

Die Verpflichtungsermächtigung wird gestrichen.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushalts 2023 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Die staatlichen Zuschüsse zur Verbraucheraufklärung in Ernährungsfragen und für Projekte zur ernährungsbezogenen Gesundheitsförderung sind nicht nur überflüssig, sondern bergen auch die Gefahr, einer staatlichen Bevormundung in Ernährungsfragen Vorschub zu leisten. Die Ernährungsberatung ist auf dem freien Markt bereits umfassend etabliert und es gibt keine Notwendigkeit, diese staatlich zu fördern. Zumal hierfür aufgewendete Gelder bei anderen dringend notwendigen Projekten, wie etwa dem Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten fehlen. Aus diesem Grunde sollten alle diesbezüglichen staatlichen Ausgaben eingestellt werden.

Bei Krankheiten, die durch die Ernährung verursacht wurden oder bei denen eine Ernährungsumstellung sinnvoll ist, besteht ohnehin ein grundsätzlicher Anspruch auf eine Ernährungsberatung.

Zum Beispiel bei Diabetes, Erkrankungen der Verdauungsorgane, Allergien, Krebs sowie Adipositas und Mangelernährung.

Bei Verordnung durch eine Ärztliche Notwendigkeitsbescheinigung übernehmen die Krankenkassen einen Teil der Kosten in Höhe von 30 bis 100 Prozent. Das gilt auch für Gewichtsreduktionskurse (präventive Ernährungsberatung).

In der Regel handelt es sich bei den professionellen Ernährungsberatern um Ökotrophologinnen, Diätassistenten oder Ernährungsmediziner mit Zusatzqualifikation.

Wie man anhand der stetig steigenden Umsätze der Fast Food Industrie sowie der Nahrungsmittelindustrie mit zucker- und fett haltigen Produkten, sowie Nahrungsmitteln mit minderwertigen Inhaltsstoffen wie Palmfett etc. sehen kann, hat auch die jahrzehntelange Verbraucheraufklärung nicht wesentliche Fortschritte gebracht.

Übergewicht und Adipositas (Fettleibigkeit), d. h. ein Body-Mass-Index (BMI) von mehr als 30 Punkten, haben in den letzten Jahren vor allem in den Industrieländern stark zugenommen. Steigende Adipositas-Raten von weit über 20 Prozent stellen eine schwerwiegende Belastung der nationalen Gesundheitssysteme dar. Die durch Übergewicht verursachten Kosten machen schon heute schätzungsweise 5 bis 15 Prozent der gesamten Gesundheitskosten westlicher Industriestaaten aus.

Hilfreicher wäre möglicherweise die Einführung eines Schulfaches „Ernährungslehre“ an den Schulen, da ein einmal gefestigtes Konsumverhalten im Erwachsenenalter kaum mehr zu ändern ist.